



Niederschrift

16-014. Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales

am Mittwoch, 13.08.2008, 17:00 Uhr bis 19:10 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes (Neubau) in Heppenheim,
Graben 15

Tagesordnung

- Punkt 1 Bericht der Patientenfürsprecher beim Kreiskrankenhaus Bergstraße in Heppenheim für 2007/2008
Vorlage: 16-0984
- Punkt 2 Berichts Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 20. Juni 2008 zum Thema "Pflegestützpunkte" und Bericht der Fachstelle Leben im Alter hierzu
Vorlagen: 16-1035 und 16-1035/1
- Punkt 3 Konzept zur Umsteuerung der Jugendhilfe mit dem Arbeitstitel "Familien stärken - Zukunft schaffen"
- ein Bündnis für die Jugendhilfe
Vorlage: 16-0968
- Punkt 4 Errichtung einer Baden International School in Viernheim
Vorlage: 16-1078
- Punkt 5 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen
- Punkt 5.1 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Einrichtung von SchuB-Klassen im Kreis Bergstraße
- Antwortschreiben des Hessischen Kultusministeriums auf das Schreiben des Landrats vom 12. März 2008
- Punkt 5.2 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Sachstandsbericht betreffend Schülerbeförderung auf den Strecken Hochstädten - Bensheim und Einhausen - Lorsch - Bensheim
- Punkt 5.3 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Resolution des Kreistages vom 14. April 2008 betreffend Parkerleichterungen für Begleitpersonen von an Demenz oder Alzheimer Erkrankten
- Stellungnahmen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, des Hessischen Sozialministeriums, des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung sowie des Regierungspräsidiums Darmstadt

Anwesende:

Ausschussvorsitzender:

Heinz, Tobias CDU

Ausschussmitglieder:

Frank, Lucia CDU

Gärtner, Karin CDU

Rieger, Heinz CDU

Dr. Vonderheid, Ulrich CDU in Vertretung für Klaus-Peter Stricker
(bis zeitweise TOP 3)

Baaß, Matthias SPD

Schocke, Heinz-Jürgen SPD

Schröder, Willy SPD

Thomas, Willi SPD

Apfel, Franz GRÜNE

Röth, Markus FWG (ab zeitweise TOP 2)

Sürmann, Frank FDP in Vertretung für Benjamin Kramer
(von zeitweise TOP 3 bis TOP 4)

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Bitsch, Peter REP

Appelt, Michael DIE LINKE

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias CDU Landrat

Metz, Thomas CDU Erster Kreisbeigeordneter

Sander, Brigitte SPD Kreisbeigeordnete

Kreissenorenbeirat:

Müller-Kotthaus, Helga Vorsitzende (bis zeitweise TOP 3)

Gäste:

Nauth, Erich Patientenfürsprecher am Kreiskrankenhaus Bergstraße
(zu TOP 1)

Verwaltung:

Schneider-Jaksch, Ute Jugendamt

Zwecker, Martina Amt für Soziales, Grundsicherung und Wohngeld
- Fachstelle Leben im Alter (bis TOP 2)

Bickelhaupt, Reinhold ÖPNV (ab zeitweise TOP 3)

Schriftführerin:

Schüßler, Helene Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Der Ausschussvorsitzende eröffnete um 17:00 Uhr die 16-014. Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales, begrüßte die Erschienenen, und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Landrat Wilkes kündigte an, dass in Absprache mit Ausschussvorsitzendem Heinz und dem Wunsch von Abgeordnetem Schocke entsprechend aus aktuellem Anlass unter Punkt "Verschiedenes" ein Sachstandsbericht der Verwaltung zur Schülerbeförderung auf den Strecken Hochstädten - Bensheim und Einhausen - Lorsch - Bensheim gegeben werde.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

**Punkt 1: Bericht der Patientenfürsprecher beim Kreiskrankenhaus
Bergstraße in Heppenheim für 2007/2008
Vorlage: 16-0984**

Der Ausschuss für Schule und Soziales hat von der Vorlage 16-0984 und dem beigefügten Bericht der Patientenfürsprecher beim Kreiskrankenhaus Kenntnis genommen.

Ergänzend berichtete Herr Nauth über die derzeitige Renovierung der Station 7 und ähnliche Erfahrungen des seit einigen Jahren eingerichteten Beschwerdemanagements des Kreiskrankenhauses, dass Patienten häufig erst nach der Krankenhausbehandlung Kritik und Beschwerden äußerten.

Im Namen des Ausschusses für Schule und Soziales dankte Ausschussvorsitzender Heinz Herrn Nauth und seiner Stellvertreterin Frau Koberg für ihre ehrenamtliche Tätigkeit im Interesse der Patienten.

**Punkt 2: Berichts Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 20. Juni 2008
zum Thema "Pflegestützpunkte" und Bericht der Fach-
stelle Leben im Alter hierzu
Vorlage: 16-1035 und 16-1035/1**

Der Ausschuss für Schule und Soziales hat von der in der Sitzung verteilten Vorlage 1035/1 mit dem Bericht der Fachstelle Kenntnis genommen.

Im Rahmen der Aussprache über den Bericht wurde insbesondere der Zeithorizont für die Entscheidung der Landesregierung bezüglich der Konzeption von Pflegestützpunkten und die Zielsetzung des Kreises hierbei (Einbindung der bestehenden Infrastruktur des Kreises in das Konzept) thematisiert.

**Punkt 3: Konzept zur Umsteuerung der Jugendhilfe mit dem
Arbeitstitel "Familien stärken - Zukunft schaffen"
- ein Bündnis für die Jugendhilfe
Vorlage: 16-0968**

In der Sitzung wurde in Ergänzung zur Vorlage ein Glossar zu wesentlichen Fachbegriffen der Jugendhilfe verteilt.

Die Leiterin des Jugendamts, Frau Schneider-Jaksch, erläuterte unterstützt durch Folienprojektion

- die Fallzahlenentwicklung von 2003 bis 2007 im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe als Ausgangslage für die Umsteuerung
- das Konzept des Jugendamtes, der Fallzahlensteigerung aktiv entgegenzusteuern,
- die Ziele und Handlungsmaximen des Konzeptes
- exemplarische Maßnahmen im Rahmen des „Drei-Säulen-Modells“ zur Stärkung der Erziehungskompetenz (1. Vorbeugung/frühe Hilfen; 2. Umbau der erzieherischen Hilfen; 3. Weitere Optimierung der internen Steuerung)
- erwartete Effekte und Messkriterien für die Zielerreichung
- Risiken der Umsteuerung
- Eckpunkte der Vereinbarung für eine Umsetzung des Konzeptes im Projektzeitraum 2009 bis 2013.

Bei der anschließenden Aussprache über das Umsteuerungskonzept wurden insbesondere fachliche Aspekte thematisiert:

- Bedenken hinsichtlich der Akzeptanz und Effektivität von Vorbeugenden/Frühen Hilfen wie Elternkursen und sozialer Gruppenarbeit an Schulen
- Möglichkeiten zur Gewinnung von mehr Familienpflegestellen
- eine notwendige und verstärkte Kooperation zwischen Jugendamt und Schulen
- eine sinnvolle Einbindung der Kommunen vor Ort in das Maßnahmenkonzept

Abgeordnete Gärtner sprach sich für einen möglichst umgehenden Start des Projekts aus, der die Bereitstellung zusätzlicher Mittel schon im Nachtragshaushalt 2008 erfordern würde.

Abgeordneter Baaß schlug unter Hinweis auf noch zu klärende Punkte in der Vereinbarung vor, die Beschlussempfehlung an den Kreistag entsprechend zu modifizieren (in Satz 2 der Beschlussempfehlung Ersetzung des Wortes "abzuschließen" durch "weiter ausarbeiten").

Unter Hinweis auf die noch ausstehende fraktionsinterne Beratung über das Umsteuerungskonzept kündigte Abgeordneter Apfel seine Stimmenthaltung an.

Der Ausschuss für Schule und Soziales fasste unter Einbeziehung des Änderungsvorschlags von Abgeordnetem Baaß folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Soziales nimmt das in der Vorlage 16-0968 zusammengefasste Umsteuerungs- und Zielkonzept des Jugendamtes zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beschließt das Vorhaben des Jugendamtes gemäß dem in der Vorlage 16-0968 dargestellten Umsteuerungskonzept für den Projektzeitraum ab 01. Januar 2009 bis 31. Dezember 2013. Er ermächtigt die Verwaltung, auf Grundlage des als Anlage zur Vorlage beigefügten Entwurfs eine Vereinbarung weiter ausarbeiten. Er beauftragt die Verwaltung, über den Fortgang des Projekts regelmäßig zu berichten."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Stimmenthaltung.

Punkt 4: Errichtung einer Baden International School in Viernheim Vorlage: 16-1078

Der Ausschuss für Schule und Soziales hat von der Vorlage 16-1078 Kenntnis genommen.

Punkt 5: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen

Punkt 5.1: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen; hier: Einrichtung von SchuB-Klassen im Kreis Bergstraße - Antwortschreiben des Hessischen Kultusministeriums auf das Schreiben des Landrats vom 12. März 2008

Landrat Wilkes gab dem Ausschuss das Antwortschreiben des Hessischen Kultusministeriums zur Weiterentwicklung des SchuB-Klassen-Angebotes im Kreis zur Kenntnis und äußerte Enttäuschung, dass sich in der laufenden Legislaturperiode bisher keine der Landtagsfraktionen mit dem Thema "SchuB" befasst habe.

Punkt 5.2: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen; hier: Sachstandsbericht betreffend Schülerbeförderung auf den Strecken Hochstädten - Bensheim und Einhausen - Lorsch - Bensheim

Herr Bickelhaupt berichtete über den Sachstand bezüglich der Schülerbeförderung auf den Strecken

- Hochstädten - Bensheim:

Trotz eines gegenüber dem letzten Schuljahr unveränderten Fahrplans komme es zu Verspätungen, die wohl auf organisatorische "Anfangsprobleme" des neuen Betreibers der Buslinie zurückzuführen seien; zur Lösung der Probleme sei ein Gespräch zwischen VRN, dem Linienbetreiber, dem Ortsvorsteher von Hochstädten und der Kreisverwaltung vereinbart worden.

- Einhausen - Lorsch - Bensheim:

Der zusätzliche Bus im Rahmen des Konzepts "Schülerbeförderung plus" sei zum neuen Schuljahr eingestellt worden; der Ersatz des bisher auf der Linie Einhausen - Bensheim eingesetzten Solofahrzeugs durch einen Gelenkbus habe nicht zu einer Entlastung der Beförderungssituation von Lorsch nach Bensheim geführt, zumal die Zugverbindungen nach wie vor nicht ausreichend genutzt würden; Überprüfungen von Schulbussen vor Ort durch die Polizei hätten allerdings zu keinen Beanstandungen geführt.

Bei der anschließenden Aussprache wurden allgemeine, nicht nur die beiden vorgenannten Strecken betreffende Probleme bei der Organisation der Schülerbeförderung thematisiert wie fehlende verlässliche Fahrschülerzahlen zu Schuljahresbeginn sowie mangelnde Abstimmung zwischen den Schulen untereinander und mit dem Schulträger über die jeweiligen Unterrichtszeiten.

Abgeordneter Apfel bat das Thema "Schülerbeförderung" auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu nehmen, sofern bis dahin konkrete Fahrschülerzahlen vorlägen.

Punkt 5.3:

**Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Resolution des Kreistages vom 14. April 2008 betreffend Parkerleichterungen für Begleitpersonen von an Demenz oder Alzheimer Erkrankten
- Stellungnahmen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, des Hessischen Sozialministeriums, des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung sowie des Regierungspräsidiums Darmstadt**

Erster Kreisbeigeordneter Metz informierte über die eingegangenen Stellungnahmen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, des Hessischen Sozialministeriums sowie des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung zur Resolution des Kreistages betreffend Gewährung von Parkerleichterungen für Begleitpersonen von an Demenz oder Alzheimer erkrankten Personen und die Stellungnahme des Regierungspräsidiums Darmstadt bezüglich der Erteilung von Sonderparkerlaubnissen (für die Ausschussmitglieder und die Fraktionsvorsitzenden sind die Stellungnahmen als Anlagen der Niederschrift beigefügt).

Da von Seiten der Ministerien noch Abstimmungsbedarf für eine entsprechende Änderung der StVO signalisiert worden sei und das Regierungspräsidium rechtliche Bedenken gegen die Erteilung von Sonderparkerlaubnissen geäußert habe, wolle er zunächst mit dem Kreissenorenbeirat als Initiator der Resolution Gespräche hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise in der Angelegenheit führen.

Die Sitzung wurde um 19:10 Uhr durch den Vorsitzenden geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

Vorsitzender:

gez. Heinz

Schriftführerin:

gez. Schüßler